

W-13960 der Beifagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 6785/J

1994-06-14

ANFRAGE

der Abgeordneten Petrovic, Freundinnen und Freunde

an den Bundeskanzler

betreffend EU-Werbemaßnahmen der Bundesregierung; Inseratentätigkeit

Die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik und die Einrichtung "PRO EUROPA - Vereinigung österreichischer Europainitiativen" inserierten am 9. und 10. Juni 1994 in mehreren Tageszeitungen Texte über die politische Partei Die Grünen, die inhaltlich unrichtig sind, falsche Eindrücke erwecken und geeignet sind, Schäden zu verursachen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Hat

- a) die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik, oder
- b) PRO EUROPA - Vereinigung österreichischer Europainitiativen

in den letzten vier Jahren staatliche Förderungen erhalten? Wenn ja, in welcher Höhe, gegliedert nach den einzelnen Jahren 1991, 1992, 1993 und 1994 und unter Anführung des Verwendungszweckes.

2. Hat

- a) die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik, oder
- b) PRO EUROPA - Vereinigung österreichischer Europainitiativen

irgendwelche Geldzuflüsse oder Unterstützungen aus der Europakampagne der Bundesregierung in den letzten vier Jahren erhalten?

(Bitte Gliederung nach Jahr, Betrag und Verwendungszweck.)

3. Welche Vereinigungen, Organisationen und Institutionen sind in "PRO EUROPA - Vereinigung österreichischer Europainitiativen" zusammengefaßt?

4. Wie beurteilen Sie es, wenn eine Gesellschaft unter der Präsidentschaft von Dr. Krejci, des ehemaligen Generalsekretärs der Industriellenvereinigung und nunmehrigen Beraters des Parlamentspräsidenten Dr. Fischer, inhaltlich falsche und rufschädigende Inseratentexte, die sich gegen eine im Parlament vertretene Partei wenden, schaltet?

5. Für den Inseratentext soll dem Vernehmen nach Herr Dr. Bauer, eine "Personalleihgabe" der Österreichischen Nationalbank, verantwortlich sein. Wie beurteilen Sie die Tatsache, daß
 - a) die OeNB Personal für eine politische Kampagne zur Verfügung stellt, und
 - b) daß damit indirekt die OeNB in einseitiger Weise in die politische Auseinandersetzung in Österreich eingreift?
6. Haben die in "PRO EUROPA - Vereinigung österreichischer Europainitiativen" zusammengefaßten Institutionen, Vereine und Organisationen Bundesförderungen bzw. Mittel aus der Europakampagne der Bundesregierung in den letzten vier Jahren erhalten?
(Bitte aufschlüsseln nach Jahr, Förderungsbetrag und Verwendungszweck.)
7. Das Auftragsvolumen dieser Inseratentätigkeit geht jedenfalls in die Größenordnung von mehreren hunderttausend Schilling. Es ist gänzlich undenkbar, daß ein nicht auf Gewinn orientierter Verein einen derart außerordentlichen Mitteleinsatz aus eigenem bestreiten kann. Hat die Bundesregierung bzw. haben Mitglieder der Bundesregierung zur Dotierung der "Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik" bzw. der Organisation "PRO EUROPA - Vereinigung österreichischer Europainitiativen" aus ihren Budgets in den letzten vier Jahren Beiträge, Unterstützungen oder Förderungen geleistet?
(Bitte aufgliedern nach Jahr, Betrag und Verwendungszweck.)
8. Waren Sie als Bundeskanzler bzw. die Europa-Staatssekretärin von der Inseratentätigkeit der "Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik" bzw. von "PRO EUROPA - Vereinigung österreichischer Europainitiativen" informiert? Falls Sie nicht informiert waren: Findet eine derartige politische Rufschädigung Ihre Billigung?